Ruhe in Berlin

Berlin, 14. Januar. In Berlin herrschte heute überall Ruhe. Die Arbeiter nahmen [illegible] an den Arbeitsstellen erschienen. In Zu[illegible] wurde [illegible] angenommen.

•

Die Berliner Mehrheitssozialisten für den Belagerungszustand

Berlin, 13. Januar. In der gestrigen Fraktionssitzung der mehrheitssozialistischen Partei und Diagnosten wurde eine Entschließung angenommen, in der die Todesopfer bedauert werden und die Verantwortung für die beklagenswerten Zwischenfälle den Unabhängigen und Kommunisten zugeschrieben wird. Nachdrücklich wurde betont, daß der von der Regierung verhängte Belagerungszustand unter diesen Umständen eine Notwendigkeit gewesen sei.

Sicherheitsmaßnahmen in Hamburg

Hamburg, 15. Januar. Die große Halle des Rathauses war heute wieder in ein [illegible] umgewandelt, der Rathausmarkt durch Stahlhelme abgesperrt und an einzelnen Punkten der Stadt, besonders in der Umgebung des Gewerkschaftshauses, standen starke Patrouillen, die Vorbereitungen getroffen hatten, den Weg zum Rathaus gewaltsam durch Stacheldrahthindernisse zu sperren. Zur Gewerkschaftsfrage jedoch eine von unterschiedlicher Seite einberufene stark überfüllte Versammlung statt und Tausende von ungemein aufreizenden Flugblättern fielen auf den Straßen die Bevölkerung zur Erkämpfung von Betriebsräten, die die Kontrolle jeglicher Produktion und des gesamten Verkehrswesens in die Hand nehmen, veranlassen. Die Polizei hielt sich aber im Hintergrund an den Vorbereitungen der Sicherheitsorgane. Es fand sich keine Mehrheit in der Versammlung, die eine gewaltsame Demonstration gewagt hätte, und so ist [illegible] Hamburg ruhig geblieben.

• • •

Phrasen gegen Beweise

Der Vorwärts schreibt:

Die Schüsse, die am Dienstag nachmittag vor dem Reichstagsgebäude gefallen sind, fanden am Mittwoch vormittag ihr Echo im Sitzungssaal der Nationalversammlung. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erhielt das Wort der Reichskanzler Bauer, der in einer längeren Rede die Tatsache, die die bisherige Untersuchung ergeben hat, aneinanderreihte und den schlüssigen Beweis dafür lieferte, daß die Putschtaktik der linken Unabhängigen und der Kommunisten die Schuld an dem Blutvergießen trägt, die der unglückliche, verhängnisvolle 13. Januar gekostet hat. Die Unabhängigen versuchten die Bauerschen Feststellungen durch Gejohle und Lärm zu diskreditieren; aber was den Lärmern mißlang, das gelang auch später ihrem Redner Henke nicht, der sich vergeblich bemühte, die Partei der Putschisten von der Mitschuld, die sie auf sich geladen hatte, reinzuwaschen. Henke erging sich in allgemeinen Phrasen, er konnte den positiven Feststellungen des Reichskanzlers gegenüber keine einzige Tatsache anführen, die die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher entlastet hätte. Auf Henke folgte dann noch der preußische Minister des Innern Heine. Dieser gab eine packende chronologische Schilderung der Ereignisse. Er stellte fest, daß die Sicherheitswehr mißhandelt, entwaffnet und blutiggeschlagen worden war, lange bevor die ersten Schüsse auf ihrer Seite fielen. Er stellte weiter fest, daß der erste Schuß aus der Menge vor dem Portal des Reichstags auf dem Königsplatz gefallen, einen Sicherheitswehrmann verwundet und durch das Portal des Reichstagsgebäudes in die Wandelhalle eingedrungen ist. Ein zweiter Schuß hat dieselbe Richtung genommen. Aus der Schußlinie im Holz der Tür ist ganz deutlich ersichtlich, daß der Schuß von unten aus der Menge gekommen ist. Heine stellte weiter fest, daß die Unterstützung, die den bedrängten Sicherheitsmännern auf der Rampe des Reichstagsgebäudes am Königsplatz geschickt wurde, von der wütenden Menge zurückgeschlagen und verwundet worden ist. Er stellte weiter fest, daß nach diesen Angriffen auf die Sicherheitswehr es nur noch eine Frage von Bruchteilen einer Sekunde gewesen und das Portal II, das Südportal des Reichstagsgebäudes, wäre von der Masse gestürmt worden. Er stellte außerdem fest, daß die Abgeordneten Zubeil und Zietz vor diesem Portal II die Menge zum Sturm in das Reichstagsgebäude ermuntert hätten mit der Motivierung, daß das Gebäude dem deutschen Volke und nicht der Sicherheitswehr gehöre.

Gegenüber den Feststellungen der Regierungsmitglieder, die von Tausenden von Abgeordneten als Augenzeugen gestützt werden, gibt es kein Ableugnen und gibt es keine Beschönigung. Die Blutschuld der unabhängigen und kommunistischen Führer steht fest.

Beruhigung im Westen

Der preußische Minister der öffentlichen Arbeiten erließ an alle Eisenbahndirektionen eine Anweisung zur Aufrechterhaltung des Betriebs, die als unbedingte Notwendigkeit zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen bezeichnet wird. Er wendet sich zu diesem Zweck besonders an die Beamten, von denen er erwartet, daß sie sich in Erkenntnis dieser unbedingten Notwendigkeit bei der Ausübung der für die Aufrechterhaltung des Betriebes notwendigen Arbeiten, insbesondere der Nebenarbeiten des Lokomotivendienstes, unterziehen. Zum Schluß wird gesagt, es dürfe nicht geduldet werden, daß ungezügelte Elemente das Verkehrswesen zerstören und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.

Die Eisenbahndirektion Elberfeld ernannte den Genossen Severing zum Eisenbahnkommissar für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster und Arnsberg. Seinen Anordnungen gemäß wurden sämtliche im Ausstand befindliche Arbeiter aufgefordert, ihre Arbeit spätestens innerhalb 24 Stunden nach Bekanntgabe des Befehls wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, ist als entlassen zu betrachten. Nach einer Mitteilung des Militärbefehlshabers sind die Zeitungen Freiheit in Duisburg und Kommunist in Düsseldorf bis auf weiteres verboten worden. In Essen, Dortmund und Hamm wurden die wilden unabhängigen und kommunistischen Streikleitungen, die zur Fortsetzung des Streiks aufforderten und die Betriebsabstimmung über die Arbeitswiederaufnahme verhindern wollten, ausgehoben und verhaftet. In Düsseldorf wurden gestern die Post, das Fernsprech- und Telegraphenamt militärisch besetzt.

Der Mahnruf zur Vernunft, den die Reichsleitung in Verbindung mit der preußischen Regierung kürzlich an die Eisenbahner richtete und dieses entschlossene Vorgehen der Regierung gegen die Gefährdung der Lebensmittel- und Kohlenversorgung scheinen doch jetzt wirksam zu werden. Nach einer Meldung aus Essen hat sich gestern die Lage im Industriegebiet gegen vorgestern wesentlich gebessert, nachdem die Führer der drei Eisenbahnergewerkschaften die Leitung des Streiks niedergelegt und die Verantwortung für die Folgen weiterer Streiks abgelehnt hatten, machte sich allenthalben die Neigung zur Wiederaufnahme der Arbeit bemerkbar. In den weitaus meisten Bahnhöfen des Direktionsbezirks Essen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Aus Düsseldorf und Barmen wird berichtet, daß gestern der gesamte Eisenbahnverkehr wieder aufgenommen wurde. Im Ausstande verharren zur Zeit noch einige kleine Bahnhöfe, der Duisburger Hauptbahnhof, der Mühlheimer Bahnhof, Langendreer, Witten-West, die Bochumer Bahnhöfe und der größte Verschiebebahnhof Wedau. Abgesehen von diesen Ausnahmen kann der Eisenbahnerausstand im Ruhrgebiet im großen ganzen als abgeschlossen betrachtet werden.

Anders liegt es leider noch in Oberschlesien, wo anscheinend die Streiklust noch im Steigen begriffen ist. So wird aus Beuthen berichtet, daß sich die Güterbodenarbeiter in Gleiwitz seit gestern nachmittag im Ausstande befinden. Sämtliche Arbeiter von Idaweiche haben sich dem Streik angeschlossen. Leider sind auch verschiedene Sabotagefälle im oberschlesischen Industriebezirke vorgekommen. Militärischer Schutz wurde daher eingefordert. In Gogolin ist seit gestern nachmittag die Hälfte der Arbeiterschaft wieder zur Arbeit erschienen. Ebenso ist in Chorzow der Streikbeschluß aufgehoben worden. Im allgemeinen ist aber die Streiklage dieselbe wie tags zuvor. Trotz der Fortdauer des Streiks wird aber nach einer Meldung aus Kattowitz durch das Einsetzen der technischen Nothilfe der Personenverkehr ganz und der Güterverkehr zum großen Teil aufrechterhalten. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Personenverkehr bleibt vorläufig im jetzigen Umfange bestehen. Es ist aber möglich, daß infolge der unsicheren Verhältnisse der eine oder andre Zug nicht gefahren werden kann.

Nur zugespitzt hat sich die Eisenbahnerbewegung im Bezirke Frankfurt a. M. Die Eisenbahner der Bahnämter Neydorf Dillenburg, Wetzlar, Duisburg und Gießen sind von der gegenwärtig in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Eisenbahndirektion die Einreihung in die erste Lohnklasse als dringend erachtete. Mit diesem Bescheide geben sich die Eisenbahner nicht zufrieden und drohen, wenn die Beschlüsse der Berliner Kommission nicht abgeändert werden, mit dem Streik.

•

Der Bergarbeiterstreik

Der Bergarbeiterstreik im Hamborner Revier hat gestern noch an Ausdehnung gewonnen. Neu in den Ausstand getreten ist die Belegschaft der Zeche Steckrade, dagegen ist der Ausstand auf der Zeche Amalie der Gewerkschaft Helene und Amalie im Essener Bezirk beendet. Auf den Zechen Friedrich Thyssen, Dierzardt und Neumühl hält der Streik weiter an. Bezeichnend ist, daß die spartakistischen Vortführer in einer Belegschaftsversammlung einen Schichtlohn von 210 M. forderten, was aber in der Versammlung selbst mit Gelächter aufgenommen wurde.

•

Die Bewegung bei der Post

Dortmund, 15. Januar. Der Reichspostminister erklärte in einer Unterredung mit Postbeamten: Bis jetzt sei ein Nachtrag von 750 Millionen Mark für das nächste Jahr, zu solcher von 1250 Millionen Mark in dem Haushalt der Postverwaltung [illegible]. Eine weitere Gebührenerhöhung [illegible] unmöglich. Der Minister warnte vor Beamtenstreiks, [illegible] die Beamten durch solche ihre Grundrechte aufs Spiel [illegible]. Eine der nächsten Streikfolgen wäre überdies der Sturz [illegible] gegenwärtigen Regierung. Unter der dann folgenden [illegible] Regierung würden die Beamten vollkommen entrechtet sein.

Kassel, 14. Januar. Die hiesigen Telegraphenarbeiter beschlossen, morgen früh in den Ausstand zu treten. Sie hatten eine 70prozentige Lohnerhöhung gefordert, aber nur eine 25prozentige zugesagt erhalten.

•

Die Teuerungszulagen in Württemberg

Stuttgart, 15. Januar. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Staatsregierung hat beschlossen, die Teuerungszulagen für Beamte und die Lohnsätze der Arbeiter in den staatlichen Betrieben jenen Sätzen anzupassen, die aus den augenblicklich in Berlin schwebenden Verhandlungen mit den Regierungen des Reiches und Preußens sich ergeben werden.

•

Streikbewegung im Auslande

Mailand, 14. Januar. Die Blätter melden, daß das Personal der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltungen in ganz Italien den Generalstreik proklamiert hat. Die Streikenden verlangen unter anderm die Erhöhung aller jetzigen Besoldungen um 1000 Lire. Corriere della Sera befürchtet eine Rückwirkung des Streiks auf die im Gange befindliche Aktion der Eisenbahner. Popolo d' Italia hebt hervor, daß der Generalstreik gerade in dem Augenblicke ausgebrochen sei, in dem die Pariser Verhandlungen ihren Höhepunkt erreicht hätten und Italien von seinen Verbündeten an der Gurgel gefaßt wurde.

London, 14. Januar. Die Arbeiter in den Kohlenbergwerken von Rhonada Valley verlangen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 30 Schilling. Die Bergarbeiter von Monmouthshire verlangen eine Lohnerhöhung um 50 Prozent. Der Bergarbeiterverband hält am 20. Januar eine Konferenz in London ab, um über diese Forderungen zu beraten.

Brüssel, 14. Januar. Der Streikausschuß der interministeriellen Vereinigung der Angestellten hat, nachdem alle Versuche, über die Lohnforderungen zu einer Einigung zu gelangen, vergeblich waren, den Streik erklärt, der gestern in den Ministerien für öffentliche Arbeiten und Kolonien und zum Teil auch im Landwirtschaftsministerium begonnen hat.

Die Abrechnung mit den Unabhängigen

Berlin, 14. Januar.

Auf der Tagesordnung steht wieder die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes. Vor Eintritt in die Verhandlungen erteilt der Präsident dem Reichskanzler Bauer das Wort.

Reichskanzler Bauer:

Die neue Tagung der Nationalversammlung ist zusammenberufen worden, um ein für die Arbeiter und Angestellten besonders wichtiges Gesetz zu verabschieden. Auf diese Tagung ist gestern ein schmählicher Angriff gerichtet worden,

ein Angriff auf Parlamentarismus und Demokratie,

wie er in der Geschichte unsrer Volksvertretung bisher noch nicht zu verzeichnen war (Gelächter bei den Unabhängigen, stürmische Zustimmung bei allen übrigen Parteien.) Der traurige Ruhm, diesen Akt begangen zu haben, gebührt der Unabhängigen Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause, tobender Widerspruch bei den Unabhängigen. Einige unabhängige Abgeordnete stürmen nach der Tribüne vor und schreien: Verleumdung!) Präsident Fehrenbach: Ich hoffe doch, daß wir heute ordnungsgemäß werden verhandeln können. (Erneuter großer Lärm bei den Unabhängigen, der heftigen Widerspruch bei den andern Parteien hervorruft.) Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann werde ich Ihnen später das Wort geben. Solche unerhörte unreife Szenen wie gestern dürfen sich aber nicht wiederholen. (Widerspruch bei den Unabhängigen, allgemeine Zustimmung bei den übrigen Parteien.) Reichskanzler Bauer fährt fort: Es ist der traurige Ruhm der Unabhängigen Sozialdemokraten und Kommunisten . . . (Erneute Zustimmung im ganzen Hause, großer anhaltender Lärm bei den Unabhängigen.) Sie sind die allein Schuldigen an diesem

Akt des Terrorismus.

(Neuer Lärm bei den Unabhängigen.) Die Unabhängige Sozialdemokratie hat auf ihrer letzten Tagung noch den Antiparlamentarismus abgelehnt. Jetzt hat sie praktisch diesen Antiparlamentarismus betätigt, indem sie das Parlament belagerte, sobald ein Beschluß gefaßt werden soll, der ihr nicht paßt. (Lärm bei den Unabhängigen.) Zum zweiten Male in Deutschland ist ein Parlament, das hervorgegangen ist aus dem freiesten Wahlrecht, unter die Diktatur der Straße gestellt worden. (Lebhafte Zustimmung im ganzen Hause, lärmender Protest bei den Unabhängigen.) Erst haben wir in München diese traurigen Verhältnisse erlebt, jetzt hat man es in Berlin versucht. Diese Schande, das stelle ich vor dem ganzen Lande und vor der ganzen Welt fest, diese Schande verdankt die deutsche Republik der Unabhängigen Sozialdemokratie. (Stürmische Zustimmung im ganzen Hause, Geschrei und Toben bei den Unabhängigen.) Trotz diesen unartikulierten Lauten stelle ich vor aller Welt fest: Allein auf die Unabhängigen fällt das Blut der armen Verführten. (Lebhafte Zustimmung, lärmender Widerspruch bei den Unabhängigen.) Die Unabhängige Sozialdemokratie wird diese furchtbaren Flecken nicht abwaschen können.

Das Kains Mal steht für immer auf ihrer Stirn.

Um des Ehrgeizes einiger Führer willen hat man die Opfer vor den Reichstag getrieben und schließlich in den Tod gehetzt. (Wutgeschrei bei den Unabhängigen.) Ich stelle nicht nur Behauptungen auf, ich **bringe auch Beweise, die durch kein Geschrei und keine Demagogie erschüttert werden können.** Die Blutschuld können Sie nicht von sich abwaschen. Davon werden Sie sich bald selbst überzeugen müssen. Der Reichskanzler verliest den Aufruf der Unabhängigen und Kommunisten in der Freiheit, in dem die Massen zum Kampfe gegen das Parlament aufgefordert werden und gesagt wird, sie dürften sich eine solche Gesetzesmacherei nicht gefallen lassen. Sie sollten der Nationalversammlung zeigen, daß sie sich nicht zu Objekten der Gesetzgebung erniedrigen lassen. Zum Schluß heißt es in dem Aufruf: „Verlaßt heute mittag 12 Uhr die Betriebe! Demonstriert in Massen vor dem Reichstag!" (Lärm bei den Unabhängigen. Frau Zietz schreit: Dürfen wir das nicht tun? Ist das verboten? Sie wendet sich erregt gegen den Reichskanzler und wirft ihm Verleumdung vor.) Präsident Fehrenbach: Frau Zietz, ich bitte Sie, sich zu gedulden. Sie kommen noch zu Wort! (Frau Zietz schreit weiter.) Sie müssen sich in Geduld fassen! Reichskanzler Bauer: Am Dienstag mittag erschienen die Massen, versammelten sich auf dem Platze vor dem Reichstage.

die Führer wohlweislich im Hintergrunde.

(Hört, hört!) Die Sozialdemokratie und ihre Anhänger haben das Parteiprogramm nicht verletzt. Sie hielten sich fern von diesem Komplott gegen Parlament und Volk. Die Schreier der Unabhängigen wußten ganz genau wissen, daß, wenn solche Massen in Bewegung gesetzt werden, nachdem sie gegen das Parlament verhetzt worden waren, Zusammenstöße unvermeidlich waren, und es kam so. Die Sicherheitswehr hat sich in ganz unglaublicher Weise zurückgehalten. (Lebhafte Zustimmung.) Bis zur letzten Minute haben die Beamten dem Befehl gefolgt, nur in der äußersten Not von der Waffe Gebrauch zu machen. (Zustimmung.) Davon haben sich zahlreiche Mitglieder dieses Hauses, zahlreiche Journalisten überzeugt. Ich halte es für meine vornehmste Pflicht, im Namen der Reichsregierung und im Namen aller derjenigen, denen der Krieg das schrecklichste der Schrecken ist, den Beamten der Sicherheitswehr Dank und volle Anerkennung auszusprechen. (Gelächter bei den Unabh., lebhafte Zustimmung bei allen übrigen Parteien.) Aber auch die Zurückhaltung hat schließlich eine Grenze gehabt, als

die Kameraden der Sicherheitswehr entwaffnet wurden, als sie von verbrecherischen Elementen angegriffen wurden, in bestialischer Weise mißhandelt, geschlagen, mit Füßen getreten und mit ihren eigenen Waffen getötet wurden (Bewegung), da war die Sicherheitswehr selbst aufs äußerste bedroht.

Es war ja nur eine Handvoll Leute gegenüber den anstürmenden Massen. Da ist die Sicherheitswehr in Aktion getreten und machte mit vollem Rechte sich zum Kampf bereit. Dann erfolgte der Gebrauch der Waffe. Dieser Tatbestand wird bestätigt aus allen Lagern. Die Regierung und ihre Beamten sind wirklich unschuldig an diesem Vorgehen. Dieses Blut fällt auf die Unabhängigen. (Erneuter Lärm bei den Unabhängigen, im übrigen allgemeine Zustimmung.) Zahlreiche Zeugen haben sich gemeldet, die behaupten, gesehen zu haben, daß Mitglieder der unabhängigen Fraktion dieses Hauses (Hört, hört!), als die Nationalversammlung den Antrag auf Vertagung abgelehnt hatte, durch Zeichen, durch Tücherschwenken, und zum Teil durch Einreden auf die Massen diese

zum Sturm auf den Reichstag

veranlaßten. (Große anhaltende Bewegung. Entrüstungsrufe mehrere sozialdemokratische Abgeordnete erheben sich und weisen auf Frau Zietz. Große allgemeine Unruhe.) Wäre der Sturm auf den Reichstag geglückt, wir hätten hier eine Bartholomäusnacht erlebt! (Allgemeine anhaltende Bewegung.) Von der Sicherheitswehr ist ein Toter davongetragen worden. Ein Mann ist verwundet durch Schlagring und Stiche; außerdem wurden 20 Personen verletzt. Wir gedenken des Toten in Dankbarkeit. (Bewegung.) Er ist im Dienste der Demokratie gefallen; er ist gefallen in der Verteidigung der Meinungsfreiheit der Volksvertreter. Auf der Gegenseite hat schwerere Verluste gehabt; es sind 20 Tote und 50—60 Verwundete festgestellt worden. Wir gedenken ihrer in Ergriffenheit und bedauern, daß immer nur Verführte die Opfer sind. Wir hoffen, daß sie nicht umsonst gefallen sind, nicht in dem Sinne derer, denen sie den Tod zu verdanken haben, sondern in dem Sinne, daß man erkennt, wie Leute unter abgedroschenen Schlagworten in den Tod hineingetrieben worden sind. Daß der Abgrund offenbar wird, zum ein Erwachen durch die Arbeiterschaft geht, dann ist auch das rote Blut nach Friedensschluß nicht umsonst geflossen. Die Gemeingefährlichkeit derjenigen Parteien, die die Diktatur einer Minderheit auf ihre Fahne geschrieben haben (Lärm bei den Unabhängigen), wird der Masse des Volks immer mehr zum Bewußtsein kommen. Wir stehen wieder vor einem mit ungeheuren Kraftmitteln [illegible] leiteten Ansturm gegen unsre Wirtschaft und gegen unser [illegible] nales Leben. (Unterbrechungen bei den Unabhängigen und [illegible] Gegen das Unternehmertum!) Die Taktik der revolutionären [illegible] ist eine andre geworden: Man hat durch

stille, geheime Organisationen

überall die Fäden gesponnen, und jetzt wird der Ausstand, nachdem

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200115/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG